

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 190.

Donnerstag den 16. April 1903.

97. Jahrgang.

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt oder drei Tagel... abgeholt: vierteljährlich 4.50, bei... 4.75. Durch die Post für Deutsch...

Redaktion und Expedition:

Johannisstraße 8, Leipziger 130 und 122. Filialredaktionen: Alfred Gahn, Buchböcker, Unterstaßfurtstr. 3, R. Köhler, Rathhausstr. 14, u. Köhlerstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Martinstraße 54, Leipziger 1 Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Dunder, Verlag. Postfach 10, Köpenickerstr. 10, Leipziger 1 Nr. 1718.

Anzeigen-Preis

Die 6-spaltige Zeitzeile 25 A. Reklamen unter dem Redaktionsbrett (6-spaltig) 75 A. bei den Familienanzeigen (6-spaltig) 50 A. Tabellenfächer und Ziffernblätter entsprechend höher. — Gebühren für Nachzahlungen und Offertenanfragen 25 A. (incl. Porto).

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbestellung 4 60.—, mit Postbestellung 4 70.—.

Annahmefuß für Anzeigen:

Morgen-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr. Morgen-Nachgabe: Nachmittags 4 Uhr. Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 6 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Weyl in Leipzig.

Büchertrieb in Nordamerika.

D. Von der nordamerikanischen Konkurrenz wird immer empfindlicher der englische Büchermarkt in Mitteleuropa gezogen. Früher war London für den ganzen nordamerikanischen Büchermarkt vorbildlich und tonangebend. Heute hat sich dieses Verhältnis gänzlich umgewandelt. Chicago und New York sind Mittelpunkte des nordamerikanischen Buchvertriebs und haben mit ihrem Büchertrieb getragene und erfreuliche Erfolge erzielt. Die Mac Kenzie in seiner Schrift 'The American Invaders' vertritt es, obwohl es durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß nordamerikanische Bücher in verhältnismäßig kurzer Zeit ganz ungeheuerliche Auflagen erleben, zuweilen bis zu 500 000 Stück und darüber. Auflagen, die nach Hunderttausenden zählen, fallen in Nordamerika sehr häufig vor. Allerdings gehen die betreffenden Verleger mit allen Mitteln der modernen Geschäftskunde vor, um ihren Büchern einen möglichst ansehnlichen Absatz zu verschaffen. In dieser Hinsicht fällt sich der nordamerikanische Verleger durch seine Standesrücksichten behindert; er tritt ohne Bedenken in Wettbewerb mit den Vertretern von Treddollar-Zeitungen oder mit den Unternehmern von Schaulustigen. Oft füllen Bücherreklamen ganze Seiten des Anzeigenschnitts großer nordamerikanischer Tagesblätter und Zeitschriften aus. Zu diesem Zweck werden mit Vorliebe die Sonntagsnummern benützt. Dabei erweisen allerdings die Reklamentexte eine solche, die für europäische Begriffe außerordentlich ist. Doch weiß der smarte 'boomer' genau, was er tut, wenn er 20 000 A. und mehr an Reklamentexten für ein einziges Buch aufwendet.

Nach Einleitung einer entsprechenden Reklame wandern große Mengen des betreffenden Buches in die Buchverkaufsstellen der Warenhäuser, wo sie in der Regel unmittelbar am Eingang massenhaft aufgeschichtet werden, sobald sie dem Eintretenden gleich ins Auge fallen. In vielen Fällen bleibt der Erfolg nicht aus. Oft werden auf diese Weise in ganz kurzer Zeit Tausende abgesetzt, selbstverständlich gegen bare Bezahlung. Manche Bücher gehen ab wie warme Semmeln, und selbst Leute, die sonst Bücher nicht zu lesen und noch weniger zu kaufen pflegen, versorgen sich auf diese Weise mit 'geistiger Nahrung' und kaufen regelmäßig neue Bücher mit einem Eifer, als wären sie von einer Art Schwermut befallen.

Selbstverständlich rechnen die nordamerikanischen Verlagsbuchhändler mit den Reklamen und Werbeprospekten ihres Verlagswesens, das im allgemeinen kürzere Romane, Novellen und Erzählungen bevorzugt. Danach wählen die Verfasser ihre Stoffe, danach entscheiden die Verleger. Große Probleme und Konflikte werden nicht behandelt. Dagegen bringen derartige Bücher mit ihren Erzählungen bunte Bilder aus dem nordamerikanischen Leben, mehr oder minder naturalistischer Art, mit zahllosen Einzelheiten, wie sie jeder Leser tagtäglich selbst beobachten kann. In den meisten Fällen muß die Individualität des Schriftstellers den positiven Anforderungen des Verlegers weite Zugeständnisse machen. Von einem der gelebten Romane in jüngerer Zeit erzählt Mac Kenzie, daß er größtenteils nach den Anweisungen des Verlegers verfaßt worden sei. Der Verleger habe dem Verfasser nicht nur Direktiven über Idee, Zeit und Charakter gegeben, sondern auch noch obenrein an dem fertigen Manuskript recht gründlich herumgedokkelt, um das Ganze dem Geschmack des Publikums, den er genau studiert hat, möglichst mundgerecht zu machen. Schließlich wurde das Buch, wie Mac Kenzie sich ausdrückt, im wahren Sinne des Wortes

dem Publikum in die Gurgel hineingehopft, wie den Engländern von anderen Unternehmern Pflanz- und sonstige Gehelmmittel.

Unter solchen Umständen kommt es zuweilen zu einer förmlichen Schriftstellerkrisis der betreffenden Verleger, wenigstens da, wo es sich um besonders beliebte Schriftsteller handelt. Da kann der unabhängige Verleger mit seinem Verlagsvertrauen von der Reklame nicht mitkommen. Allerdings ziehen die betreffenden Schriftsteller großen Nutzen, da ihr Anteil am Gewinn erheblich gesteigert wird. Früher hielten sich in der Union die Schriftstellerhonorare auf etwa 5 Prozent des Umlages. Heute dagegen erhalten die beliebtesten Schriftsteller einen Honorarfuß von 20 bis 30 Prozent des Umlages infolge der Konkurrenz der Verleger, die sich neugierig die Autoren abfragen. Auch in der nordamerikanischen Schriftstellerecke hat sich der Erwerbtrieb gänzlich entwickelt. Vom europäischen Standpunkt aus sind freilich die Zustände, die daraus entstehen, höchst unerfreulich. Schriftsteller der gedachten Art sind, soweit sie aus verdienen mögen, doch schließlich die Sklaven ihrer Verleger, und diese Verleger wiederum stehen in Abhängigkeit von den Wünschen der Warenhäuser, die auf Bücher genau ebenso ihre Bestellungen aufgeben wie auf Schuhe oder sonstige Gegenstände der Industrie. Für das Geld, das den Käufern abgeknöpft wird, erhalten diese oft jämmerlich wenig, das im besten Falle kaum die Zeit wert ist, die um den Verleger verbracht wird, im schlimmsten Falle ebenso verderblich wirkt, wie Jenseit.

Obgleich wohl in der Beförderung nicht unbedeutend, daß die Art des Büchertriebes in Nordamerika auch bei uns sich einbürgern werde. Anlässe dazu sind bereits vorhanden. Die Verleger haben den Schwerpunkt vorwärts. Auch Vereinigungen von Buchhändlern und Schriftstellern haben nur sehr beschränkten Einfluß auf ein Treiben, in dem der Erfolg immer auf der Seite der größten Kapitalkraft und Strapazierfähigkeit ist. Nur die Kritik kann und einigermassen schützen, wenn sie unbedingtes und mit der durch den Gegenstand bedingten Schärfe den Fabrikanten zu Leibe geht, die mit allen Mitteln der Reklame und der Werbepropaganda den Massen aufgedrängt werden. Es könnte daher recht bedenkliche Folgen haben, wenn der Kritik die Flügel beschlagnahmt würden. Ihre Ausfrottungen schaden weniger, als ihre Anhebung schaden würde. Das Bedenkliche drückt sich darin, auch trotz abfälliger, ja bösmüthiger Kritiken; das Schlimme aber verlagert ganze Generationen, wenn es aus Rücksicht auf den Verfertiger und den Verleger nicht beim rechten Namen genannt werden darf.

Deutsches Reich.

* Dresden, 15. April. In Bezug auf die Stellungnahme der Reichsregierung zu den jüngsten Verhandlungen der Reichsversammlung über die Reform der Reichsversammlung ist die Reichsregierung in der Tat sehr zurückhaltend geblieben. Dies ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Regierung vollständig verständlich, ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß im nächsten Jahr, falls der Reichstag die Reform der Reichsversammlung annehmen sollte, die Reichsregierung sich für die Aufhebung der Reichsversammlung einsetzen wird. Dies ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Regierung vollständig verständlich, ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß im nächsten Jahr, falls der Reichstag die Reform der Reichsversammlung annehmen sollte, die Reichsregierung sich für die Aufhebung der Reichsversammlung einsetzen wird.

Verlaufs der Sitzung der Zweiten Ständekammer vom 5. Juni vorigen Jahres. In dieser Sitzung interpellierten 75 Abgeordnete ohne Unterschied der Fraktion unter Führung der Abgeordneten Leopold Tredden (kons.) und Dr. Vogel-Dresden (natl.) die Regierung wegen des noch unangelegenen Toleraanztrags, um 'weite Kreise auf die bestehende Gefahr aufmerksam zu machen, zur Abwehr anzuhelfen, die Regierung in ihrer abweichenden Haltung zu befechtigen und dem Kultusministerium des Reiches zu verweisen.' Staatsminister Dr. von Seydewitz antwortete auf diese Interpellation: 'Aus dem Artikel 4 der Reichsverfassung, der die Reichsversammlung unterworfenen Gegenstände aufzählt, ergibt sich, daß die Kirchenfragen nach wie vor der Landesgesetzgebung unterstellt bleiben sollen. Wenn die Reichsversammlung auf das kirchliche Leben hinarbeitet, so ist dies nicht nur in Verbindung mit großen Schwierigkeiten verbunden. In dem einzigen Falle, in dem die Reichsversammlung eine kirchliche Frage selbständig geregelt hat, habe ich mich nur um einen Teil einer einzigen Religionsgemeinschaften betreffende Frage geäußert. Einerseits über die ursprüngliche Tendenz der Reichsversammlung hinausgehenden Komplexen müßte die sächsische Regierung sehr entschieden widersprechen. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat habe ich in den verschiedenen Staaten teils auf Grund besonderer Verhältnisse, teils auf Grund besonderer rechtlicher und ethischer Auffassungen ganz verschieden geäußert, und es würde es nicht für gerecht halten, wenn man historisch wohl begründete Verschiedenheiten im Wege der Reichsversammlung beseitigen wollte. Die Staatsbehörde über die Kirche werde für Sachen in der Verfassung festgelegt; sie bilde einen Grundpfeiler des ganzen sächsischen Staatslebens und die Regierung werde für die Befreiung dieses Fundaments die Verantwortung nicht übernehmen können. Er verweise, so lange er sächsischer Kultusminister sei, werde er alle Kraft daran setzen, damit in Sachen der Kirche zwischen Staat und Kirche und den einzelnen Konfessionen erhalten bleibe. Aus dieser Erklärung geht klar hervor, daß die jetzige sächsische Regierung nicht daran denkt, das kirchliche Selbstrecht über die Kirche durch das Reich schmälern zu lassen. Da das aber geschieht, wenn der § 2 des Verfassungsentwurfs, so ist es eigentlich selbstverständlich, daß man der Frage näher tritt, ob denn der verfassungsmäßige Aufschluß der Kirchen aus dem Staatsgebiete noch hinreichend werden dürfte.'

C. H. Berlin, 15. April. Die sozialdemokratische Organisation der Handels-, Transport- und Eisenbahnarbeiter Deutschlands hat seine Generalversammlung abgehalten, auf der allerlei Interessantes zur Sprache kam. Zunächst beschloß man, für die streikenden holländischen 'Gewossen' als erste Rate 2000 A. auszusenden. Die Organisation der Handels-, Transport- und Eisenbahnarbeiter ist bekanntlich erst neueren Datums, ihre erste größere Wirksamkeit entfaltete sie bei dem Berliner Straßenbahnarbeiterstreik. Trotzdem ist sie bereits beträchtlich angewachsen und wird voraussichtlich noch viel von sich reden machen. Im ersten Quartale dieses Jahres hat sie um mehr als 1000 Mitglieder zugenommen, denn von 2012 Mitgliedern Ende 1902 liegt sie auf 2418. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der Verband einen Teil seines Vermögens in Aktien der Großen Berliner Straßenbahn angelegt hat, um flimmerndem in der Generalversammlung der Aktionäre dieses Unternehmens zu werden. Sehr erfreut war man in der Generalversammlung über die Annahme der Warenhäuser, weil sie die Kapitalisten erleichtert; das alte patriarchalische Verhältnis verdrängt, alte Hausdiener, wie man sie früher noch in Kleinbetrieben zu finden konnten, habe, auch in Warenhäusern wurde aus diesen Gründen die Entwicklung der Warenhäuser angeht, die eine rege Tätigkeit entfalten. Sehr bemerkenswert ist, daß der Vorstoß in einer lauten Rede ausgedrückt wurde, man müsse alle Mittel und Wege ausfindig zu machen suchen, um den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zu verschaffen.

tion rechtlich zu sichern. Zu dem sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiterverbande unterhält man sehr enge Beziehungen.

Berlin, 15. April. (Telegramm.) Gestern mittags fand beim Kaiserpaare Familienfest statt. Nachmittags begab der Kaiser sich nach Schloß Babelsberg und unternahm von da aus mit der Kaiserin einen Spaziergang durch den Tiergarten. — Heute morgen machten der Kaiser und die Kaiserin die größte Promenade im Tiergarten; der Kaiser hatte darauf um 9 1/2 Uhr eine Besprechung im kaiserlichen Amt mit dem Staatssekretär Freidorn von Richtofen, hörte von 10 Uhr ab im königlichen Schloß den Vortrag des Erbs des Justizministers Dr. v. Lucanus, empfing hierbei des neuen General-Superintendenten Adler und hörte um 12 Uhr den Vortrag des Intendanten v. Hülsen. Zur Tafel hat geladen der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, der Erbprinz-Regent von Hohenzollern-Sigmaringen, der Intendant v. Hülsen, Minister-Räsident Coates, Gesandter v. Voigts-Ruech, Reichspräsident Graf Zeppelin.

Berlin, 15. April. Die 'Nord. Allg. Zeitung' behauptet die Meldung, daß die Kaiserin sich in ihrem eigenen lebhaften Betragen auf ärztlichen Rat genötigt sieht, auf die Teilnahme an der Reise des Kaisers nach Italien zu verzichten.

A. Gießen, 15. April. In dem Prozeß gegen den Reichsanwalt Wolanski und Genossen, d. h. also gegen eine große Anzahl Mitglieder des Reichsanwaltschaftsausschusses, findet die Verhandlung wahrscheinlich schon Ende dieses Monats statt. Die der 'Tribunal' von Frankfurt mitteilt, daß die Verhandlung des Angeklagten der defekten sächsischen Reichsgerichtsdirektoren Reichsanwalt Wolanski übernommen.

A. Vosen, 14. April. Von der bereits angekündigten neuen Zeitschrift 'Cuo Vadis?' ist heute die erste Nummer erschienen. Das Blatt wird in polnischer, deutscher und französischer Sprache herausgegeben. Die vorliegende Nummer enthält eine Reihe nur in polnischer Sprache geschriebener Aufsätze, ferner eine Anzahl Gedichte und Mitteilungen in deutscher und polnischer Sprache. Das französische Exemplar gelangt nächste Woche in Paris zur Ausgabe und wird von dort regelmäßig vertrieben werden. Das neue Journal hat bereits einen Redaktions-Vorstand in polnischer und deutscher Sprache. In dem deutschen Briefkasten lesen wir: 'Derrn Dr. Z. — Sie wünschen, daß Ihr Artikel unverändert eingeleitet werden soll, das ist unmöglich. Wir verzichten lieber auf derartige Auforderungen. 'Cuo Vadis?' arbeitet neutral, nimmt keine Partei an, darf den Weg neutraler Gerechtigkeit nicht verlassen.' Nach der Erklärung des Herausgebers soll das Blatt der 'Verfassungspolitiker' dienen. Gedacht wird es bei Herrn Wiedemann, dem bekannten Herausgeber der 'Praca'. Der Begründer und Herausgeber ist angeblich ein Herr T. v. Swinowitz in Bonnweiler (Wes. Provinz), Redaktion und Expedition befinden sich aber in Vosen. Bisherige Redaktionspolitik ist so ziemlich das Gleiche, was an Aronie gelehrt werden kann.

In Vosen ist am Sonnabend vor Oftern die angekündigte Massenauflösung von Arbeitern wirklich vollzogen worden. Die Vorgeschichte dieses für die dortigen Fabrikanten unermesslich gewordenen Schrittes ist folgende: Die Firma Schörmeyer & Dens hatte einem Arbeiter gestattet, da dieser Arbeiter kurz vor der Kündigung zum Vertrauensmann der freien Gewerkschaft gewählt worden war, sahien die Gewerkschaft diese Kündigung als gegen sie gerichtet auf. Die Arbeiter der Firma Schörmeyer & Dens kündigten und nach Ablauf der Kündigungsfrist mußte die Firma ihren Betrieb einstellen. Um diese Zeit organisierten sich auch die Arbeiter. Die Fabrikanten bildeten einen Arbeiter-Verband, erklärten die Sache der Firma Schörmeyer & Dens für die ihrige und führten zum Teil Arbeiter dieser Firma aus. Daraus entstand ein Arbeiterverband, da Arbeiter die Ausführung von sogenannten Streikarbeiten verweigerten. Der Fabrikanten-Verband antwortete damit, daß in sechs Fabriken eine Anzahl Arbeiter entlassen wurde. Die freien, die diese Arbeiter entließen, und die Arbeiter Gewerkschaft beschloß, jetzt die Anerkennung ihrer Organisation und damit ihre Mitgliedschaft über Einstellung und Entlassung von Arbeitern durchzusetzen.

Feuilleton.

Neger und Weiße in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. Curt Lange.

Die Negerfrage erhebt in den Vereinigten Staaten von neuem drohend ihr Haupt. Zwar ist sie trotz Bürgerkrieg und Emanzipation in Wirklichkeit nie verschwunden; doch sie aber jetzt erneut in den Vordergrund tritt, das hat Präsident Roosevelt veranlaßt, indem er mit der praktischen Gleichberechtigung der Neger Ernst machte. Einen 'coloured gentleman' als gleichberechtigten Bürger im Weißen Hause zu empfangen, einer Stadt des nigerländischen Südens eine Wohlmeinheit von schwarzer Farbe aufzubringen — unerhörte Dinge das, die einen Sturm von Entrüstung im freien Amerika erweckt haben. Menschlich genommen verdient der mutige Präsident alle Zustimmung; politisch und sozial betrachtet freilich ist die Negerfrage in den Vereinigten Staaten überaus kompliziert und schwierig, und es ist wohl fraglich, ob für die humanen Bestrebungen des Präsidenten die Stunde geschlagen hat.

Als Präsident Lincoln am 22. September 1862 jene historisch so bedeutungsvolle Proklamation erließ, durch die alle in den Südstaaten der Union gehaltenen Sklaven vom 1. Januar 1863 für frei erklärt wurden, herrschte

in den Reihen der radikalen Partei, welche diesen Erlaß durchgesetzt hatte, das jubelnde Gefühl der Befreiung, Millionen von Menschen den Bürgern der freien Republik als gleichberechtigte angelehnt und mit der Emanzipation der Neger ein dringendes Postulat der Menschlichkeit erfüllt zu haben. Man glaubte, mit einem Federstrich aus den Klauen einer an sich inflexiblen und unter der Diktatur der Sklavenhalter kumpf gewordenen Klasse Menschen schaffen zu können, die von dem Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt wären.

Der große Staatsmann Lincoln sah freilich weiter in die Zukunft. Sein für die Verhältnisse seines Landes geschärfertes Blick erkannte, daß die Hoffnungen durch das Emanzipationsdekret nicht aus der Welt geschafft werden konnten, sondern, sobald die Neger nicht nur frei geworden, sondern auch hinsichtlich der bürgerlichen und politischen Rechte den Weißen gleichgestellt wären, nur eine weitere Verschärfung erfahren müßten. Einer vor ihm erschienenen Negerdeputation erklärte er deshalb damals auch ohne Umschweife, daß man sich niemals auf die gegenseitige Abneigung zu verlassen sei. Man betrachte die Existenz von Millionen schwarzer als eine Gemeingefahr und würde es gern sehen, wenn sie das Gebiet der Union ganz verließen.

Man plante damals ernstlich die Expatriierung der Neger; die Ausführung des Projektes scheiterte jedoch an dem Widerstande Nicaraguas, das sich für das ihm

zugedachte Gebiet mehrerer Millionen Neger öffnete, aber recht entschieden befannte.

Die Neger und Mulatten, deren Zahl sich gegenwärtig der achten Million nähert, sind den Bürgern der großen Bundesrepublik seitens des Atlantischen Ozeans also geblieben. Geblieben ist aber auch die Abneigung der weißen Bevölkerung. Das mutige Eintreten des Präsidenten Roosevelt für die soziale und politische Gleichstellung der Schwarzen hat zwar unter diesen einen gewaltigen Einfluß ausüben für ihren Befreiung entlassen, die vor kurzem erfolgte Ernennung eines schwarzen Beamten in den Südstaaten hat aber auch den latenten Haß wieder einmal zur lodernen Flamme emporfliegen lassen und eine negerfeindliche Bewegung hervorgerufen, die in der inneren Entwidlung der Union vielleicht eine größere Rolle zu spielen berufen ist, als der den Verhältnissen ferner Stehende ahnt.

Der eigentliche Schauplatz des konfliktreichen Problems ist, wie bekannt, der Süden. Das ist hier zwar ein Teil der Schwarzen als tüchtige Arbeiter in den Plantagen und in den Fabriken erweisen, so ist bei der Mehrzahl von dem nördlichen Fortschrittstendenzen, den man ihnen einhellig nachrühmt, nichts zu merken. Die den farbigen im Jahre 1870 gemäßigtesten politischen Rechte sind; das tiefe Bildungsniveau des Negers hat sich im Verlaufe von 40 Jahren nur wenig gehoben und deshalb ertrotzt es unter dem Weihen der ehemaligen Sklavenstaaten immer einen Sturm von Entrüstung, wenn von Washington aus oder von dem unermüdbaren Befürworter der Rechte der

Schwarzen, dem Senator Gallinger aus New Hampshire, Maßregeln dekretiert oder Resolutionen beschworen werden, die den tiefgehenden Miß zwischen den verschiedenfarbigen Bevölkerungen zum Verschwinden bringen sollen.

Besser als aus den mit Abstraktionen gefüllten Tendenzschriften der einander gegenüberstehenden Parteien orientiert man sich über die Sachlage, wenn man die Mitteilungen liest, die in den offiziellen Berichten der Regierungskommisssare und der Berichterstatter der großen New Yorker Zeitungen enthalten sind, die an Ort und Stelle Erhebungen veranlassen haben. Es handelt sich also hier nicht um Urteile, sondern um Tatsachen, die, wie schon hier gesagt sein mag, ein trauriges Bild von dem Resultate einer langen und mühsamen Kulturarbeit liefern.

Die dem Neger der Vereinigten Staaten verlebte unbeschränkte Freiheit war nicht im Hande, um den Sinn und Verstand für den Wert einer geordneten Erziehung auf der Grundlage eines gewissen Betragens beizubringen. 'Cafel Tom hat keine Güte' heißt es in einem Berichte. Obwohl auch heute noch rege Nachfrage nach schwarzen Arbeitern besteht und Grund und Boden in den Südstaaten außerhalb der wenigen größeren und großen Städte um ein verhältnismäßig billiges Geld zu haben ist, bringen es nur wenige Neger zu eigenem Grundbesitz. Wenn er den Ertrag der Erntearbeit nicht liberlich verendet hat, beugt der schwarze Mann nach Beendigung der Ernte seine 200, vielleicht auch 300 Dollars (falls seine Frau und Kinder mit gearbeitet haben, entsprechend mehr), also genügend Mittel, um das Stück Land zu bezahlen, auf dem er in wenigen Jahren ein freies, selbstproduzierendes